

## Beschluss Berlin: Gut funktionierend & gerecht finanziert

Gremium: Landesmitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 23.03.2025  
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

### Antragstext

- 1 Berliner Verwaltung: serviceorientiert und digital
- 2 Termine beim Bürgeramt oder digitale Anträge? Da ist in Berlin noch Luft nach
- 3 oben. Eine gut funktionierende Verwaltung ist das Fundament einer
- 4 funktionierenden Stadt. Viele Bürger\*innen wissen nicht, dass sie Anspruch auf
- 5 bestimmte staatliche Leistungen haben oder verlieren sich im
- 6 Verwaltungsdschungel. Wir wollen, dass aus einer Hol-Schuld der Bürger\*innen
- 7 eine Bring-Schuld des Landes wird. Wer Anspruch auf Unterstützung hat, soll
- 8 darüber proaktiv informiert werden. Damit die Information auch bei allen
- 9 ankommt, braucht es mehrsprachige Informationsangebote, die auch leichte Sprache
- 10 umfassen. Damit der Weg zum Bürgeramt keine Hürde darstellt, sollen auch alle
- 11 Angebote, bei denen es umsetzbar ist, digital erledigt werden können. Es braucht
- 12 eine umfassende, digitale Transformation, die weit über das reine Bereitstellen
- 13 von PDFs hinausgeht. Ziel muss es sein, benutzer\*innenfreundliche, interaktive
- 14 Formulare zu entwickeln, die den Antragsprozess intuitiv, effizient und
- 15 barrierefrei gestalten oder, sofern möglich, Antragsverfahren gänzlich
- 16 abzuschaffen und durch proaktives Verwaltungshandeln zu ersetzen. Das bedeutet
- 17 nicht, dass alle Bürgerämter abgeschafft werden sollen: die Ansprechbarkeit des
- 18 Landes muss zeitnah auch vor Ort gewährleistet werden.
- 19 Und die Verwaltung muss effizienter werden: Mit Once-Only und der
- 20 Registermodernisierung soll Schluss damit sein, dass Bürger\*innen immer wieder
- 21 dieselben Dokumente einreichen müssen. Behörden müssen vorhandene Daten
- 22 datenschutzkonform selbst abrufen können – statt Bürokratie-Hürden braucht es
- 23 einen reibungslosen Service. Zudem setzen wir uns für eine breitere Verwendung
- 24 des Prinzips der Genehmigungsfiktion ein. Bleibt ein Antrag zu lange
- 25 unbearbeitet, gilt er automatisch als genehmigt. Das schafft Planungssicherheit
- 26 für Bürger\*innen und Unternehmen und entlastet gleichzeitig die Verwaltung. Um
- 27 Missbräuche vorzubeugen, sollte dieser Mechanismus nur für solche Anträge
- 28 gelten, die in der Regel genehmigt werden und durch die niemals
- 29 gesellschaftliche Schäden oder Gefahren für Leib und Leben entstehen können.
- 30 Public Money, Public Code! Die Berliner Verwaltung muss konsequent auf
- 31 quelloffene Software setzt. Das bedeutet, dass der gesamte Quellcode öffentlich
- 32 zugänglich ist, sodass unabhängige Expert\*innen ihn überprüfen, optimieren und
- 33 weiterentwickeln können. Diese Transparenz erhöht die Sicherheit, senkt
- 34 langfristig die Kosten und reduziert die Abhängigkeit von großen,
- 35 undurchsichtigen IT-Unternehmen. Insbesondere soll die Software solcher
- 36 Unternehmen prioritär ausgetauscht werden, deren Eigentümer\*innen oder
- 37 Firmenwerte sich in den Dienst von autoritären Überwachungsphantasien und gegen
- 38 europäische Grundrechte stellen. So legen wir den Grundstein für eine moderne,
- 39 demokratisch kontrollierte und zukunftsfähige Verwaltung. Zudem soll Berlin einen
- 40 selbständigen Fonds aufsetzen um Open Source zu fördern und den Code Kommunismus
- 41 auszubauen. Alternativ soll sich Berlin für dies im Bundesrat einsetzen. Die vom

42 Zentrum Digitale Souveränität (ZenDiS) entwickelte und speziell für die  
43 Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung ausgelegte Softwaresuite openDesk kann  
44 hierfür ein primärer Ausgangspunkt sein. Vom ZenDiS fordern wir ein Höchstmaß an  
45 Transparenz und die Einbindung diverser Software-Alternativen in openDesk, um  
46 Vendor Lock-ins zu verhindern.

47 Zusätzlich setzen wir auf den gezielten Ausbau von InHouse-Entwicklung, um  
48 lokales IT-Know-how aufzubauen und, sofern notwendig, maßgeschneiderte Lösungen  
49 zu schaffen, die den spezifischen Bedürfnissen Berlins gerecht werden. Dabei  
50 legen wir besonderen Wert auf die Nachnutzung bestehender Open-Source-Lösungen,  
51 um Ressourcen effizient zu nutzen und Synergien mit anderen Kommunen und  
52 Bundesländern zu schaffen. Unser Ziel ist es, nicht nur eigenständige Lösungen  
53 zu entwickeln, sondern auch aktiv zur Verbesserung und Verbreitung einer  
54 leistungsfähigen, bundesweiten Softwareinfrastruktur beizutragen. Um diesen  
55 Innovationsprozess nachhaltig zu fördern, fordern wir, dass Mitarbeitende in  
56 Behörden einen Teil ihrer Arbeitszeit für die Weiterentwicklung  
57 quelloffener Software und IT-Pakete einplanen dürfen. Dies stärkt nicht nur die  
58 digitale Souveränität, sondern ermöglicht auch eine flexible und kontinuierliche  
59 Anpassung an neue Herausforderungen.

60 Zudem soll in jedem Berliner Bezirk ein Digital Hub etabliert werden. Diese  
61 Zentren sollen mit qualifizierten Digitalhelfende niederschwellige Beratungen,  
62 Workshops und Schulungen anbieten - von Smartphone-Kursen für Senioren bis hin  
63 zu Programmier-AGs für Jugendliche. Ergänzend dazu sollen Digitale  
64 Quartiersmanager den konkreten Bedarf vor Ort ermitteln und lokale  
65 Unterstützungsangebote koordinieren. So stellen wir sicher, dass gerade auch  
66 sozial benachteiligte Gruppen nicht vom digitalen Fortschritt ausgeschlossen  
67 werden, sondern aktiv am digitalen Leben teilhaben können.

68 Berlin muss als progressiver Vorreiter in Sachen Smart City agieren. Wir fordern  
69 den flächendeckenden Ausbau moderner (öffentlicher) Glasfaser- und WLAN-  
70 Infrastrukturen - insbesondere in strukturschwachen Stadtteilen. Öffentliche  
71 Einrichtungen und Gebäude sollen mit intelligenten Energiemanagementsystemen  
72 ausgestattet werden, um Energieverbrauch und Kosten zu senken.

73 Berliner Bezirke: selbstbewusst und solide finanziert!

74 Für eine funktionierende Verwaltung müssen auch die Berliner Bezirke  
75 funktionieren. Das bedeutet, dass die Bezirke endlich auskömmlich finanziert  
76 werden. Hierzu gehört auch eine Überarbeitung der aktuellen  
77 Budgetierungssystematik, an dessen Ende mindestens die vollständige Übernahme  
78 aller Kosten stehen, die durch Bundes- und Landesrecht entstehen und die in den  
79 Bezirke nicht gesteuert werden können. Darüber hinaus brauchen die Bezirke  
80 finanziellen Spielraum, um im Rahmen ihres demokratischen Mandats eigene  
81 Schwerpunkte setzen zu können.

82 Um den demokratischen Stellenwert der Bezirke zu stärken, braucht es ein  
83 Initiativrecht des Rats der Bürgermeister\*innen gegenüber dem Abgeordnetenhaus.  
84 Die Demokratie in den Bezirken soll durch die Einführung eines "politischen  
85 Bezirksamtes" gestärkt werden. So werden die politischen Verantwortlichkeiten  
86 transparenter. Gleichzeitig soll das Mindestalter für Mitglieder des  
87 Bezirksamtes auf das Wahlalter des passiven Wahlrechts abgesenkt werden.

88 Berliner Haushalt: Ressourcen ausweiten & fair verteilen!

89 Zur Finanzierung der Aufgaben des Landes Berlin – auch mit Blick auf den  
90 Klimaschutz – sollen alle Möglichkeiten zur Kreditfinanzierung oder andere  
91 Finanzierungswege wie Nachhaltigkeitsanleihen ausgenutzt werden. Klimaschutz und  
92 funktionierende Infrastruktur dürfen nicht am fehlenden Geld scheitern. Hierzu  
93 sollten Schuldenspielräume im Rahmen der bundesgesetzlichen Schuldenbremse  
94 genutzt werden und weitere Anpassungen hinsichtlich der Berechnung der  
95 konjunkturabhängig erlaubten Schuldenaufnahme genutzt werden. Um die Ausgaben  
96 des Landes Berlin unter verschiedenen Gesichtspunkten beurteilen zu können,  
97 fordern wir eine Fortführung des Gender Budgeting, sowie die Einführung von  
98 Klima- und Youth Budgeting. Damit schaffen wir mehr Transparenz über die  
99 notwendigen Ausgaben für die Zukunft von uns und unserem Planeten.

100 Eine gerechte Finanzierung des Landes muss auch die Einnahmen in den Blick  
101 nehmen. Es ist beispielsweise nicht nachvollziehbar, weshalb das Abstellen eines  
102 privaten Autos im öffentlichen Raum an vielen Orten in Berlin kostenlos ist oder  
103 nur sehr wenig kostet. Hier braucht es eine Erhöhung der Parkgebühren und eine  
104 Ausweitung der Parkraumbewirtschaftungszonen. Bei letzterem sind die Bezirke  
105 durch eine Anschubfinanzierung zu unterstützen. Die Grunderwerbssteuer sollte in  
106 Berlin auf das Brandenburger Niveau von 6,5% (+0,5%) angehoben werden.  
107 Darüberhinaus sollte sich Berlin gegenüber dem Bund für das Schließen von  
108 Steuerschlupflöchern wie ShareDeals einsetzen. Steuerflucht und Steuervermeidung  
109 müssen die Berliner Finanzämter konsequent verfolgen und ahnden.

110 Berliner Unternehmen: Vorbildfunktion gerecht werden!

111 Zur Umsetzung der verschiedenen Aufgaben des Landes sind die landeseigenen  
112 Unternehmen unverzichtbar. Für die landeseigenen Unternehmen hat die Politik  
113 eine besondere Verantwortung. Deshalb müssen hier gute Arbeitsbedingungen und  
114 gute Bezahlung gesichert werden. In landeseigenen Unternehmen sollte künftig ein  
115 Maximallohn vom zehnfachen des niedrigsten Lohns (inklusive eventueller Boni)  
116 gelten. So werden die Unternehmen auch in Lohnfragen ihrer Vorbildfunktion  
117 gerecht.

118 Gute Arbeitsbedingungen müssen auch bei Aufgaben eingehalten werden, die das  
119 Land Berlin an externe Unternehmen auslagert. Grundsätzlich sollte das Ziel aber  
120 eine möglichst weitgehende (Re)kommunalisierung von externalisierten Aufgaben  
121 wie beispielsweise der (Schul)reinigung oder Cateringangeboten sein. Public-  
122 Private Partner-Ships sehen wir kritisch. Es dürfen keine Abhängigkeiten des  
123 Staates von einzelnen privaten Dienstleistern entstehen. Kooperationen mit  
124 gemeinnützigen Unternehmen oder Genossenschaften sehen wir als positiv und  
125 sollen unterstützt werden.